

Qualitative Erhebung der Gewalttaten in Hamburg 2018 durch *empower* – Beratung für Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitische Gewalt in Hamburg

Normalisierung von rechten, rassistischen und antisemitischen Gewalttaten in Hamburg

Auch im Jahr 2018 ist in Hamburg ein weiterer Anstieg von rechts, rassistisch und antisemitisch motivierten Taten auffällig. Vor dem Hintergrund der sich weiter zuspitzend nach rechts verschiebenden politischen und gesellschaftlichen Debatten verwundert der Anstieg dieser Botschaftstaten in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen nicht. Darüber hinaus wurde der Kampf um kulturelle Hegemonie von Rechts durch Angriffe, Bedrohungen, rechte Störungen und Berichterstattungen in Bezug auf die Arbeit von Hamburger Kultureinrichtungen fassbar. Täter_innen sehen sich ermutigt sowohl durch die Normalisierung von nationalistischen, antisemitischen und rassistischen Debatten als auch durch die Enttabuisierung von Gewalt gegenüber marginalisierten Personen. Tagtäglich erleben in Hamburg Betroffene Gewalt in Form von Bedrohungen, Angriffen, körperlichen Verletzungen oder versuchten Tötungen. Rassismus bleibt auch im Jahr 2018 das häufigste Tatmotiv bei den Vorfällen in Hamburg. Auch lässt sich eine Verschärfung von antisemitischen Äußerungen, Bedrohungen und Angriffen ausmachen. Es lässt sich feststellen, dass Verantwortliche von Einrichtungen, wie beispielsweise Lehrer_innen und Schulleitungen häufig der Auffassung sind, wenn sie antisemitische Vorfälle zu Anzeige bringen, sei genügend getan. Außen vor gelassen werden dabei Bedarfe und Rechte von betroffenen Juden und Jüdinnen in der Schüler_innenschaft und Elternschaft.

Sowohl in den polizeilichen Erhebungen wie auch in den medialen Berichterstattungen wird 2018 Rassismus gegen Rom_nja und Sinte_zza kaum registriert. Die Berichte von Betroffenen machen jedoch deutlich, dass dieses Gewaltstruktur weiterhin wirksam ist und als Tatmotiv deutlich wird. Die fehlende Wahrnehmung und das Nicht-Erkennen von Gewalterfahrungen ist ein zentrales Problem für betroffene Personen. Nicht unerheblich bleiben auch 2018 die Debatten um die vermeintliche Nicht-Zugehörigkeit von Muslim_innen in der deutschen Gesellschaft für die Zunahmen von antimuslimisch rassistisch motivierten Gewalttaten auch in Hamburg.

Erkennbar bleibt weiterhin der Bedarf an inhaltlicher Auseinandersetzungen aller Beteiligten in Politik, Bildungsinstitutionen, sozialen, kulturellen Einrichtungen sowie auch bei Polizei und Justiz. Rassistische und antisemitische Ressentiments, Bedrohungen und Angriffe werden von diesen Beteiligten kaum erkannt und die Erfahrungen, Bedarfe und Rechte von Betroffenen entsprechend häufig missachtet. Zentral bleibt die Notwendigkeit von differenzierten Auseinandersetzungen, Fortbildung und strukturellen Veränderungen von (Bundes-) Polizei und Justiz auch in Hamburg.

Ebenfalls wird im Jahr 2018 deutlich, dass Mitarbeiter_innen von Bildungsinstitutionen und Kultureinrichtungen einschneidende Bedrohungserfahrungen durch rechte Personen, Gruppen sowie Parteien machen. Hierbei ist festzustellen, dass Institutionen einen hohen Nachholbedarf haben, auch strukturell parteilich an der Seite der betroffenen Kolleg_innen und Zielgruppen zu agieren und diese zu schützen. Nicht zuletzt fehlen Institutionen inhaltliche Auseinandersetzungen mit den aktuell wirksamen Formen von Antisemitismus und Rassismus. Daran anknüpfend fehlen hilfreiche Handlungsstrategien und institutionalisierte Instrumente als auch Rahmenbedingungen.

Weiterhin gibt es eine besorgniserregende Bandbreite von Tatbeständen - von Sachbeschädigungen, Bedrohungen bis hin zu versuchten Tötungen. In Hamburg lassen sich ebenfalls potenziell besonders gefährliche Angriffsorte ausmachen. Hierzu gehören der öffentliche Raum, das Wohnumfeld, Bahnhöfe und Verkehrsmittel, der Arbeitsplatz sowie nicht zuletzt Bildungsstätten und Unterkünfte. Auch im Bereich Sport und Freizeit sowie bei der Polizei und in Behörden finden regelmäßig rechte, rassistische und antisemitische Vorfälle statt.

Aus Sicht des Projekts *empower* muss weiterhin von einer hohen Dunkelziffer an nicht erfassten Vorfällen auch aus dem Jahr 2018 ausgegangen werden. Unabhängige und fachspezifische qualitative Erhebungen zu rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt müssen in Hamburg ebenfalls weiter ausgebaut werden. Die verschiedenen Folgen in allen Lebensbereichen und ihre alltägliche Auseinandersetzungen von Betroffenen mit diesen Gewalterfahrungen müssen dabei in Blick genommen werden. Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt sind Botschaftstaten. Um die Botschaften und die Folgen für Betroffenen erfassen zu können, brauchen wir in der Politik, in Institutionen und gesellschaftlich dringend eine kritischeres Gewaltverständnis, das Gewalt auf allen Ebenen tatsächlich umfasst und nicht erst von Gewaltvorfällen spricht, wenn Bedrohungen, Körperverletzungen oder Sachbeschädigungen strafrechtlich von Bedeutung werden. Schwerwiegend für Betroffenen ist es, dass die symbolische Gewalt, durch die Sag- und Machbarkeiten, gesellschaftliche Normen und Wertevorstellungen nicht als diese anerkannt wird. Greifbar werden die Auswirkungen der symbolischen Gewalt beispielsweise bei Antisemitismus oder auch Antimuslimischen Rassismus. Betroffene haben auch in Hamburg vermehrt Beratungs- und Unterstützungsbedarfe, aufgrund der Auswirkungen affektiver und tradiertes gesamtgesellschaftlicher Feindseligkeiten. Auch Betroffene, die aufgrund von symbolischer Gewalt mit Folgen zu kämpfen haben, haben ein Recht auf fachliche Beratung und Unterstützung in der Verarbeitung des Geschehenen.

Es kann nicht, wie auch in Hamburger Parlament einschlägig diskutiert, hauptsächlich um Erhebungen von Zahlen und quantitativen Statistiken gehen. Die Folgen für betroffene Eltern, die regelmäßig in Kontakt mit der Schule Antisemitismuserfahrungen machen oder betroffene Jugendliche, die fast tagtäglich im Wohnhaus von der Nachbarin rassistisch bedroht werden, sind nicht durch eine Zahl zu erfassen. Politisch stellt sich auch die Frage, welche Zahl von rechten, rassistischen und antisemitischen Gewalttaten eine vermeintliche Verbesserung darstellen und wer dieses quittieren würde.